



Newsletter Nr. 104

3. Juli 2018

Liebe DBFG-Mitglieder,

wieder haben nicht alle Artikel, die für das Burkina-Info vorgesehen waren, hineingepasst. Wir stellen sie deshalb Ihnen in diesem Newsletter zur Verfügung.

Außerdem möchten wir Sie nochmals darauf hinweisen, dass uns einige Mitgliedsvereine und -kommunen noch nicht die Zustimmung (siehe unsere Mail vom 1. Juni 2018) geschickt haben, dass sie weiterhin auf unserer Website in der Liste der in Burkina Faso aktiven Kommunen, Vereine und Gruppen erscheinen können.

Sie können das leicht selbst überprüfen: Finden Sie Ihre Gruppe / Ihren Verein / Ihre Kommune nicht unter http://www.dbfg.de/Liste_15.06.18.pdf, fehlt uns Ihre Zustimmung.

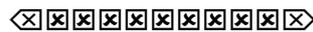
Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße,

Ihr

Christoph Straub,

Vorsitzender der DBFG



Jörg Lange ist seit 83 Tagen in den Händen seiner Kidnapper. Wir denken an ihn, seine Familie und seine Freunde sowie an alle anderen Menschen, die von Verbrechern – egal, wie sie sich nennen – ihrer Freiheit beraubt wurden.



Vormerken:

07.09. bis 09.09.18

4. Ausgabe des **burkinischen Kulturfestivals Woka Kuma in Berlin**

Zur Förderung der Kultur mit Bildung, Tanz, Workshops und Musik

Leitung: Lanaya Productions & Ahoi Artists&Events

Unter der Schirmherrschaft des burkinischen Botschafters S.E.M. Simplicie Honoré Guibila



Festivalkalender ab Juni 2018

(Auszug aus LoNam April/ Mai 2018)

06.07.-21.07.	Akwaba Afrikatage, Nürnberg
06.07.-08.07.	Afrika Kulturtag, Landshut
07.07.	Afrika Festival, Potsdam
12.07.-15.07.	African Summer Festival, Karlsruhe

17.07.-22.07.	Sommerfestival der Kulturen, Stuttgart
19.07.-22.07.	Afrika Karibik Fest, Wassertrüdingen
20.07.-22.07.	Afrika Karibik Festival, Bayreuth
12.07.-14.07.	Afrika Orient Kulturfestival, Bonn
03.08.-05.08.	African Music Festival, Emmendingen
10.08.-12.08.	Afrika Tage, Düsseldorf
10.08.-12.08.	Afrikamarkt, Dingolfing
16.08.-19.08.	One Race ... Human! Afrika Karibik Festival, Aschaffenburg
17.08.-19.08.	Afrikafest, Deggendorf
24.08.-26.08.	Afrikafestival Alafia, Hamburg
24.08.-26.08.	Afrikatage, Sonthofen
Wird noch bekanntgegeben	Festival MitAfrika, Köln

Zusammenstellung: Bernhard Geiselmann

⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠

⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠⊠

Burkina Opfer der regionalen Geopolitik und seiner eigenen Schwäche

Burkina Faso, ein schwaches Sicherheitsglied in den Sahel-Ländern, zahlt für sein Engagement gegen dschihadistische Gruppen und leidet unter regionaler Geopolitik, sagen Experten.



Militärisches Personal, das vor dem Hauptquartier der Streitkräfte in Ouagadougou positioniert ist.

"In Burkina Faso ist es der erste Angriff mit solchen Ausmaßen (Anm.d.Red.: der vom 2. März 2018) und wir erleben einen klaren Zielwechsel: Sie greifen nicht mehr Zivilisten an, sondern Soldaten", sagt Nicolas Desgrais von der Universität Kent im Vereinigten Königreich, der sich auf die

militärische Zusammenarbeit in der Sahelzone spezialisiert hat.

"Fahrzeug gefüllt mit Sprengstoff (der im Hauptquartier explodierte), Raketenfeuer, Kalaschnikow-Sturmgewehre, ... das braucht eine Menge Vorbereitung."

"Diese Operation hat eine außergewöhnliche Dimension", bestätigt Rinaldo Depagne, verantwortlich für Westafrika in der International Crisis Group (ICG). Dschihadisten haben "das Herz des Militärsystems" Burkina Fasos, eines von fünf Ländern (zusammen mit Mali, Niger, Tschad und Mauretanien) im G5-Sahel-Bündnis, das seit 2017 gegen dschihadistische Gruppen in der Region gebildet wurde, zerstört.

Diese Größenänderung erklärt sich durch "die allgemeine Eskalation der Gewalt in der Sahelzone, da Frankreich und Mali beschlossen haben, außergewöhnlichen Druck auf die malischen bewaffneten Gruppen auszuüben, die die Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime (GSIM) gebildet haben", erklärt er.

Die GSIM ist aus der Fusion der Ansar Dine Gruppen des malischen Dschihadisten Iyad Ag Ghaly, Al-Mourabitoune des algerischen Mokhtar Belmokhtar und des Emirats der Sahara entstanden, ein Zweig von al-Qaida im islamischen Maghreb (Aqmi) sagte, er habe "als Antwort" auf die letzte französische Operation nahe der algerischen Grenze gehandelt, bei der etwa 20 verdächtige Dschihadisten "getötet oder gefangen genommen" worden seien.

"Frankreich will das militärische Potenzial dieser Gruppen verringern, ihre Führer eliminieren und den Boden vor den für Juli in Mali geplanten Wahlen säubern", so Depagne weiter. Die Wüste nördlich von Mali liegt fast vollständig außerhalb der Kontrolle der Behörden von Bamako.

Schlafende Zellen

Wenn Dschihadisten in Burkina zugeschlagen haben, dann weil es der "weiche Bauch" der Sahelzone in Sachen Sicherheit ist, sagt Paul Koalaga, Professor für Geopolitik und Sicherheitsberater. "Burkina engagiert sich seit 2015 im Kampf gegen Terroristen, ein Engagement, das mit der G5-Sahelzone verstärkt wurde.

Trotz früherer Angriffe in Ouagadougou, trotz regelmäßiger Zusammenstöße zwischen Dschihadisten und dem Militär im Norden Burkina Fasos in den letzten drei Jahren, "haben die burkinischen Behörden noch nicht das Maß der Bedrohung begriffen", ergänzte er. "Sie versuchen, von ihrer Unfähigkeit abzulenken, indem sie Beamte des ehemaligen Regimes beschuldigen" – von Blaise Compaoré, der 2014 gestürzt wurde.

"In den afrikanischen Hauptstädten gibt es schlafende Zellen (Dschihadisten), die Radikalisierung setzt sich bei jungen Menschen durch, vor allem in den Randgebieten von Ouagadougou, in benachteiligten, prekären Vierteln, die massiv von Arbeitslosigkeit betroffen sind", fügt er hinzu.

Nach Angaben der Behörden waren fast alle Angreifer am 2. März in Ouagadougou Burkinabè.

"Das burkinische Sicherheitssystem ist seit dem Fall von Blaise Compaoré zusammengebrochen", bemerkte Koalaga.

"Besonders die Geheimdienste", sagt Rinaldo Depagne. "In Burkina Faso basierte der Geheimdienst nicht auf einer Institution, sondern auf dem Kopf eines Mannes, General Gilbert Diendéré, einem Meisterspion."

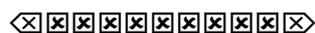
General Diendéré, ehemalige rechte Hand des gestürzten Präsidenten Compaoré, ist seit seinem Putschversuch im Jahr 2015 inhaftiert und steht derzeit vor Gericht.

Dass es in der Armee Komplizen für die Angriffe am Freitag gab, wie die burkinischen Behörden hervorheben, ist nach Ansicht von Herrn Depagne durchaus möglich.

"Wir wissen, dass sich unter den 566 Soldaten, die nach den Unruhen im Jahr 2011 aus der Armee ausgeschlossen wurden, einige Dschihadistengruppen angeschlossen haben. Und die Auflösung des Präsidentensicherheitsregiments (die Eliteeinheit wurde nach dem gescheiterten Putsch im Jahr 2015 aufgelöst) sorgte für große Frustration unter den ehemaligen Soldaten."

Langfristig wird man wahrscheinlich mit dschihadistischen Gruppen verhandeln müssen, sonst wird es einen "endlosen Krieg geben, wie in Somalia, wo er seit 27 Jahren andauert", schätzt Herr Depagne.

Africatime vom 06.03.18 / Übersetzung: Christoph Straub



Terrorismus: "Warum sich hartnäckig weigern, mit ihnen zu reden", fragt der Forscher Mathieu Pellerin.

Ein Kollektiv von Forschern ist der Ansicht, dass es notwendig ist, im Kampf gegen den Terrorismus die Gewehre auf den Boden zu werfen. Sie wenden sich insbesondere an den französischen Staat, weil sie der Ansicht sind, dass die in der Sahelzone, in der Frankreich mit Anti-Terror-Operationen aktiv ist, herrschende Kampfrhetorik ihre Grenzen gefunden hat. Einer der Unterzeichner der Plattform erläuterte diese Position auf RFI (Radio France Internationale). Das ist Mathieu Pellerin, Forscher am Afrika-Zentrum des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen.



"Die Bedrohung breitet sich geografisch weiter aus und wird immer tödlicher. Neben dem Angriff auf Ouagadougou (...) müssen wir auch beobachten, wie sich dschihadistische Gruppen entwickeln. Und gegenwärtig dehnen sie ihren Einfluss allmählich auf den Süden, Osten und Westen Burkina Fasos

und den Süden Malis, aus. Die Strategie zeigt also auf jeden Fall ihre Grenzen auf und vielleicht wäre es willkommen, sich andere Optionen vorzustellen", erklärte Mathieu Pellerin im Interview mit RFI.

Der Forscher stellt fest, dass die Strategie Frankreichs, die nationalen Streitkräfte und die Polizei innerhalb der G5-Sahelzone in Verantwortung zu nehmen, ein guter Ansatz ist. Aber er relativierte, Frankreich solle den afrikanischen Staaten "die Möglichkeit überlassen, selbst die Strategie für diese Gruppen zu definieren".

Weiterhin argumentiert der Forscher des Afrika-Zentrums des französischen Instituts für Internationale Beziehungen, dass die Aktionen dieser bewaffneten Gruppen nicht notwendigerweise auf Dschihadismus hinauslaufen. Soziale, wirtschaftliche oder gemeinschaftliche Fragen sind nicht zu vermeiden. Mit anderen Worten: Die Entwicklungsfragen bestimmter Teile des Territoriums, die Anerkennung und Berücksichtigung bestimmter Gemeinschaften, die sich selbst als vergessen betrachten, dürfen nicht vernachlässigt werden. Deshalb fragt er sich, warum wir uns "hartnäckig weigern, mit ihnen zu reden".

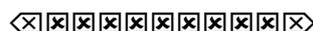
Gespräche sollen im Kampf gegen den Terrorismus nicht ausgeschlossen werden, da die bisher umgesetzten Strategien ihre Grenzen gezeigt haben. Terroristen sind jederzeit widerstandsfähig. "Entweder Sie zielen auf die höchste Ebene der Organisation, und an diesem Punkt treten Sie in einen Diskussions- und Verhandlungsprozess ein, um die gesamte Gruppe zu demobilisieren, oder Sie verhandeln einfach mit Zweigen dieser Gruppe, um sie zu teilen und dann militärisch zu schwächen. Damit wir mit allen verhandeln können, ist es wichtig, den politischen Willen an der Basis zu haben und keine Blockade durch andere Staaten zu erleben. Aber das ist eine souveräne Entscheidung der Staaten", rät Mathieu Pellerin.

Aber wie verhandelt man mit Terroristen, könnte man sich fragen. Für den Forscher muss man mit ihnen reden, um das herauszufinden. Forderungen nach dem Abzug der internationalen Streitkräfte, Revisionen zum Säkularismus, Scharia-Recht? Man muss reden, um zu wissen, was sie wollen.

Was das Kampfkorps dieser Gruppen angeht, die weiterhin die Staaten des Sahel in Schwierigkeiten bringen, weil die sich mehr denn je in einem Teufelskreis von Militärausgaben befinden, während sie ihre ohnehin knappen Mittel eigentlich für die Armutsbekämpfung einsetzen müssen, so glaubt Mathieu Pellerin an klassische Optionen wie die zivile Reintegration. "Das kann man sich auch vorstellen", meint er.

Auf jeden Fall ist es für ihn notwendig, die Waffen zu wechseln. "Erkunden Sie andere Strategien. Der Kampf gegen den Terrorismus kann sich nicht nur auf die militärische Option beschränken. Es ist sicher nicht auszuschließen, aber es gibt nicht nur Kalaschnikows, um seinen Gegner zu entwaffnen."

*Zusammenfassung von Tiga Cheick Sawadogo in Lefaso.net vom 14.03.18 /
Übersetzung: Christoph Straub*



Westafrika:

Mohamed Doumi über terroristische Gruppen in Afrika: "Es gibt Bewegungen, die vom Westen gegründet wurden, um Afrikas Reichtum an sich zu reißen".



Cheick El Hadj Mohamed Doumi, seit 2009 Vorsitzender der Föderation für den Weltfrieden, hat die Friedensförderung zu seiner Lebensaufgabe gemacht. Wir trafen ihn einige Zeit vor den Terroranschlägen auf den Generalstab der Armee und die französische Botschaft im März 2018. Bei unserem Treffen mit diesem Algerier, der in Algerien gekämpft hat, wurden viele Themen erörtert, darunter auch der Kampf gegen den Terrorismus. Für unseren Gesprächspartner sind terroristische Gruppen "Produkte des Westens", um in Afrika eingreifen zu können.

Le Quotidien: Erzählen Sie uns von Ihrer Organisation, der Föderation für den Weltfrieden?

Mohamed Doumi: Wir haben den Verband 2009 gegründet. Wir wollten, dass die Burkinabè begreifen, dass der afrikanische Geist siegen muss. Wir wollen den burkinischen Familien und der Gesellschaft die Werte des Friedens vermitteln. Frieden darf kein Wort sein, sondern muss ein Verhalten sein. Leider haben wir in letzter Zeit ein Zunehmen von Unhöflichkeit, Arroganz und Bosheit erlebt. Für ein Ja oder Nein bekämpft man sich. Ich kannte die Burkinabè so nicht. Ich kam 1994 hierher. Sie waren ein freundliches und warmherziges Volk, das Menschen anderer Nationalitäten liebte. In Burkina gibt es Werte, die es nirgendwo gibt.

Vor kurzem wurden Sie im Kosyam-Palast von Präsident Roch Marc Christian Kaboré empfangen. Worum ging es bei Ihrem Austausch?

Wir danken dem Präsidenten von Faso, der uns herzlich empfangen hat. Er hat sich mit uns über die Werte des Friedens ausgetauscht. Er ist ein Mann mit ruhigem Temperament, der die Menschen versöhnen will. Er ermutigte uns und begrüßte unsere Aktivitäten, die Aktionen des Friedens sind. Er forderte uns auf, bei der Förderung des Friedens unter der Ägide der Islamischen Liga weiter zu gehen.

Wir haben ein ziemlich reichhaltiges Programm. Wir wollen Frieden, weil Krisen nicht helfen.

Burkina Faso ist mehrfach Opfer von Terroranschlägen geworden. Sind Ihre Aktivitäten Teil des Kampfes gegen dieses Phänomen?

Wir haben mehrfach über den Terrorismus geschrieben. Aber wäre es nicht besser, die Sache beim richtigen Namen zu nennen? "Islamischer Terrorismus" oder "islamistischer Terrorismus" sind vom Westen gewählte Bezeichnungen. Wurde Al-Qaida nicht in Afghanistan gegründet, um die Russen zu vertreiben? Es gibt Bewegungen, die vom Westen geschaffen werden. Die Entstehung dieser Bewegungen ist gewollt und dafür gemacht, um Afrika zu zerstören, um sich den Reichtum des afrikanischen Volkes anzueignen. Wir müssen die Wahrheit sagen. Außerdem müssen wir wissen, dass es Umstände gibt, die Revolte und Gewalt auslösen: Es ist die Armut. Es ist leicht, sehr arme Menschen in die Arme des Terrorismus zu treiben. Andererseits gehört der Terrorismus nicht zum Islam. Der Islam hat nie gesagt, dass man jemanden töten soll. Wenn du jemanden tötest, ist es, als würdest du der ganzen Menschheit das Leben nehmen. Es gibt Muslime, die den Islam nicht kennen. Schauen Sie sich die Menschen

im Norden des Landes an. Die Menschen haben kein Wasser, keine Schule, keine Projekte, kein Krankenhaus, nichts.

Es ist, als ob diese Leute nicht existieren. Dasselbe gilt für Mali, wo es vielerorts nicht einmal einen Staat gibt. Wenn eine Autorität die eine Seite entwickelt und die andere Seite vernachlässigt, kommt sie ins Kippen. Die Behörden müssen das verstehen. Auch für diese Menschen brauchen wir Schulen, Krankenhäuser und Wasser. Wir haben bereits vorgeschlagen, Krankenhäuser für psychisch Kranke und Straßenkinder zu bauen. Wenn es diese Krankenhäuser gäbe, würden wir die psychisch Kranken aufsuchen und in diesen Zentren behandeln. Auf diese Weise könnten einige wieder in das normale Leben der Vergangenheit zurückkehren. Wir sprachen darüber, aber es wurde nichts unternommen. Im Rahmen der Islamischen Liga für den Frieden in Faso ist es unsere Aufgabe, uns mit Imamen und Predigern zu treffen, um über den Frieden zu sprechen. Ich sage Ihnen jetzt etwas. Der asymmetrische Krieg entstand bei uns in Algerien. Ich bin bei der Nationalen Befreiungsfront (FLN) und mein Vater, ein großer FLN-Offizier, starb im Kampf. Niemand kann asymmetrische Kriegsführung aufhalten. Nur der Dialog und Beratung können helfen. Asymmetrischer Krieg, das ist das ganze Volk, das die Rebellen versteckt. Es ist heute genau das gleiche. Frankreich hatte 3 Millionen Soldaten in Algerien stationiert, konnte aber den asymmetrischen Krieg in Algerien nicht beenden.

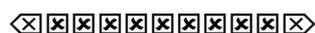
Was ist Ihre Analyse des Putschversuchs vom September 2015?

Es ist ein heikles Thema. Denken Sie daran, dass Gott vergibt, wenn ein Mensch eine Sünde begeht, ob klein oder groß, ob freiwillig oder unfreiwillig, und wenn er abends um Vergebung betet. Warum kann ein Mensch nicht vergeben? Was ich verlange, ist Mäßigung. Du musst brav sein. Wenn ein Mensch seine Schuld zugibt, bittet er um Vergebung. Es darf nicht das Gesetz des Talions gelten (Anm.d.Red.: Unter dem Gesetz des Talion versteht man eine Rechtsfigur, nach der zwischen dem Schaden, der einem Opfer zugefügt wurde, und dem Schaden, der dem Täter zugefügt werden soll, ein Gleichgewicht angestrebt wird).

Glauben Sie, dass es Versöhnung ohne Gerechtigkeit geben kann?

Vergebung ist notwendig, denn ohne Vergebung und Versöhnung kommt Burkina nicht weiter. Ich wiederhole: Burkina kommt nicht weiter mit dem Geist der Arroganz und der Rache. Es gibt verschiedene Wege der Gerechtigkeit. Das haben wir in Südafrika gesehen. In Ruanda gab es eine Million Tote. In Algerien starben 120.000 Menschen und 30.000 verschwanden, aber wir haben es geschafft, die Menschen zu versöhnen. Wer einen Geist der Rache und Bosheit hat, ist kein wahrer Gläubiger. Ich plädiere für nichts außer für den Frieden. Ich hoffe, dass sich alle, alle Aktivisten der politischen Parteien zusammensetzen, um über den Frieden zu sprechen. Jeder muss seinen Beitrag zum Aufbau des Landes leisten. Wir hoffen, dass dieser Prozess die Menschen eint und nicht trennt.

Le Quotidien vom 11.03.18 / Übersetzung: Christoph Straub



Afrika:

Landwirtschaft

Positive Energie für eine sonnige Zukunft

Junge afrikanische Unternehmerinnen setzen sich in ihren Gemeinden enthusiastisch für verbesserte Lebensbedingungen durch nachhaltige Landwirtschaft ein. Sie glauben fest an eine vielversprechende Zukunft, wenn jeder seinen Teil beiträgt und junge Menschen sich weiter in den Agrarsektor wagen.



Die Teilnehmenden überreichen die „Charta von Berlin“ an Bundesentwicklungsminister Müller. © AMZ

Ende April reisten etwa dreißig afrikanische Jungunternehmer*innen in Berlin für die Konferenz mit dem Titel „EINE WELT ohne Hunger ist möglich - Die Zukunft des ländlichen Raums“ an. Hier wurde auch über den Trend der fortschreitenden Urbanisierung in vielen Teilen Afrikas geredet.

Insbesondere die Jugend siedelt von ländlichen Gebieten über in Städte und zurück bleiben oft nur ältere Menschen, um die Äcker zu bestellen. Die Folge ist ein drohender akuter Mangel an Landwirt*innen. Die meisten sehen die Regierung in der Verantwortung, sich diesem Problem anzunehmen und „Landwirtschaft für die Jugend sexy zu machen“, wie es der junge nigerianische Geschäftsführer von L’Afrika Integrated Farms, Sipasi Olalekan, auf den Punkt bringt. Die jungen Afrikaner*innen sind sich einig, dass mehr Jugendliche auf dem Land bleiben würden, wenn man dort für guten Internetanschluss sowie Zugang zu Elektrizität, Wasser und anderen Basiseinrichtungen sorgen würde. Sie betonen insbesondere, dass es notwendig sei, die Bildung der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Der im ländlichen Rakai in Uganda aufgewachsene Paul Zaake, nun Mitbegründer und Geschäftsführer des Rakai Environmental Conservation Program, sieht sich nur durch diese dazu in der Lage, „Herausforderungen zu erkennen und dann auch direkt eine Lösung zu finden“.

Jedoch bleiben die Teilnehmer*innen der Konferenz auch selbst nicht untätig - sie wollen aktiv in ihrer Heimat etwas bewegen. Es sind dynamische und zielstrebige junge Menschen, die für verbesserte Lebensbedingungen in ihren Gemeinden und die Bekämpfung von Hunger und Armut arbeiten und dabei von Leidenschaft und Enthusiasmus angetrieben werden. Hierfür, davon sind sie überzeugt, ist der landwirtschaftliche Sektor das einzige effektive Mittel und der Weg nach vorne. Mit ihren sozialen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen unterstützen sie die regionale Produktion und setzen das Potential ihrer Community frei. Viele von ihnen bieten Aus- und Fortbildungen an und befähigen so lokale Kleinbauern und -bäuerinnen dazu, ihr Land nachhaltiger zu bestellen. Des weiteren entwickeln die Jungunternehmer*innen innovative Ideen, die wiederum auf das bestehende Wissen der lokalen Bevölkerung bauen, und unterstützen diese dabei, mithilfe moderner Technologien für eine ertragreiche Landwirtschaft zu sorgen. Denn nur wenn die Landwirt*innen das meiste aus ihren kleinen Farmen herausholen, können sie gegen große Agrarkonzerne bestehen.

Gleichzeitig sehen die jungen Afrikaner*innen in dem noch immer eher kleineren Stil der Landwirtschaft und den traditionellen Wegen in vielen Regionen des Kontinents Möglichkeiten, die ‚Fehler‘ anderer Länder zu vermeiden und die Landwirtschaft direkt auf einer nachhaltigen Basis aufzubauen. Die Zukunft des Agrarwesens sei vielversprechend, da nun ernsthaft über Agrobusiness geredet würde, verspricht sich Noi Paulina Selepe, Mitbegründerin und Vorsitzende der Young Lesotho Farmer's Association. Sie befürwortete die Kommerzialisierung und die Dezentralisierung des landwirtschaftlichen Sektors sowie den Einsatz neuer Technologien. „Landwirtschaft wurde immer als ein Job für alte Männer angesehen. Aber jetzt, mit der Erfindung neuer Technologien, mit jungen Menschen, die sich wieder in die Landwirtschaft wagen, gibt es eine Chance.“ Für die Zukunft wünscht sich die Lesotherin eine Gesellschaft, in der junge Landwirt*innen stolz auf ihren Beruf sind, so wie es auch sie und die anderen afrikanischen Stellvertreter*innen seien. Mit ansteckendem Enthusiasmus blicken die jungen Afrikaner*innen in eine vielversprechende und sonnige Zukunft der Landwirtschaft, wenn nur alle Kräfte vereint würden.

Mara Petermann LoNam vom Juni/juli 2017

Deutschland:

Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte

Bis ins Jahr 2050 dürfte sich die Bevölkerung in Subsahara-Afrika verdoppeln – von heute etwas mehr als einer Milliarde auf knapp 2,2 Milliarden Menschen. Etwa ein Drittel der Einwohnerschaft ist derzeit zwischen zehn und 24 Jahre alt. An diesen jungen Menschen wird sich entscheiden, ob es den Ländern südlich der Sahara gelingt, Armut, Kriege und Hungersnöte langfristig hinter sich zu lassen und den Menschen stattdessen ein selbstbestimmtes Leben in Wohlstand und Frieden zu garantieren.

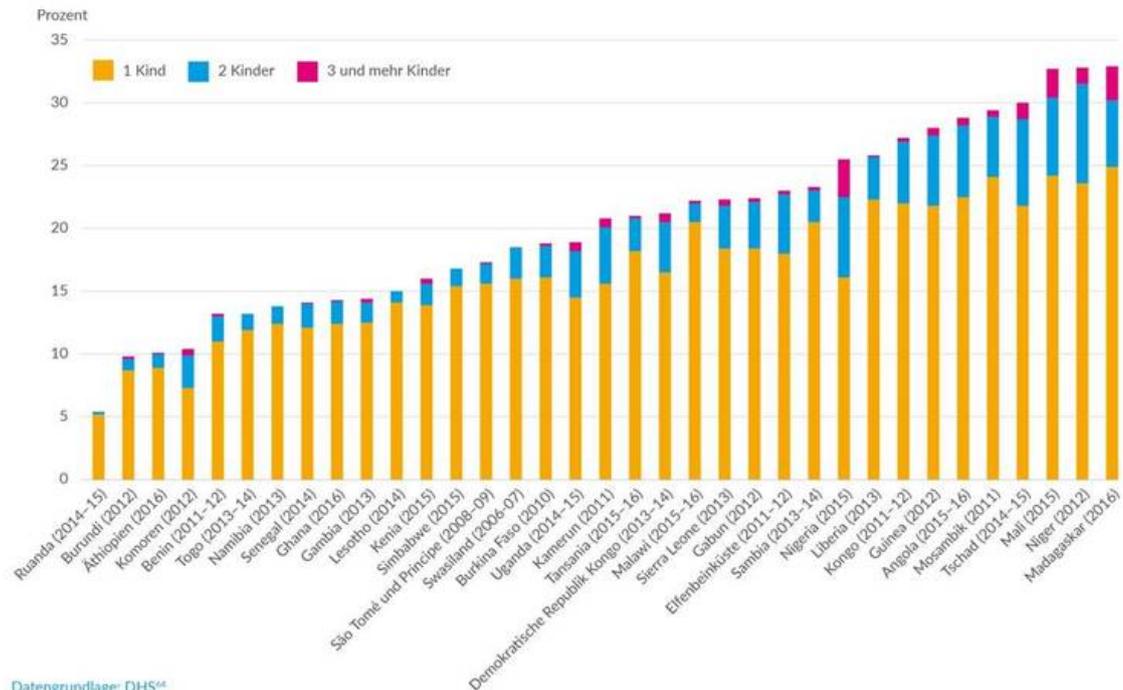
Die Hoffnung darauf ist nicht unrealistisch. So wie die Staaten Subsahara-Afrikas heute, zählten Länder wie Südkorea oder Singapur vor fünfzig Jahren zu den ärmsten der Erde. Heute haben sie eines der höchsten Wohlstandsniveaus weltweit erreicht. Ein Drittel dieses Wirtschaftswachstums führt die Wissenschaft auf eine demografische Dividende zurück: Das große Potenzial einer zahlenmäßig großen, jungen, gesunden und gut gebildeten Erwerbsbevölkerung wurde dafür genutzt.

Ein solches Wirtschaftswunder wäre prinzipiell auch in Afrika möglich. Doch dafür müssen die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden: Eine Entwicklung nach dem Vorbild der asiatischen Tigerstaaten wird nur möglich sein, wenn die heutige Jugendgeneration – und zwar Jungen und Mädchen – gesund ist, wenn die jungen Menschen eine gute Bildung bekommen, wenn sie einen Beruf erlernen und einen Arbeitsplatz finden. Investitionen in Gesundheit, Bildung und Arbeitsplätze verlangsamen zugleich das Bevölkerungswachstum, wodurch die Versorgung der Bevölkerung leichter zu finanzieren ist und sich die sozioökonomische Entwicklung beschleunigt.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch, dass Jugendliche sich vor sexuell übertragbaren Krankheiten und ungewollten Schwangerschaften schützen können. Jährlich kommen mehr als zehn Millionen Kinder in Subsahara-Afrika zur Welt, deren Mütter jünger als 20 Jahre sind. Die jungen Mütter haben oft kaum Perspektiven darauf, die Schule abzuschließen, einen Beruf zu ergreifen und ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Zudem sind Schwangerschaften in diesem Alter höchst riskant: Die Sterblichkeitsrate ist bei sehr jungen Müttern am höchsten. Viele der Schwangerschaften enden auch in gefährlichen, nicht professionell durchgeführten Abtreibungen, deren Folgen oft tödlich sind.

Jung und (mehrfach) Mutter

Anteil der 15- bis 19-jährigen Mädchen und Frauen, die mindestens ein Kind zur Welt gebracht haben, nach Zahl der geborenen Kinder in unterschiedlichen Ländern und Jahren, in Prozent



In 34 der 35 Länder Afrikas südlich der Sahara, in denen zwischen 2006 und 2016 Haushaltsbefragungen zu Demografie und Gesundheitsstand durchgeführt wurden, gab mindestens eine von zehn Mädchen und jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren an, bereits ein Kind zur Welt gebracht zu haben. In über der Hälfte der Länder galt dies sogar für jede Fünfte. Teilweise haben die Frauen und Mädchen in diesem Alter bereits zwei, manche sogar drei – in sehr seltenen Fällen sogar noch mehr – Geburten hinter sich.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit ist ein Menschenrecht

Diese schwierige Lage junger Menschen in Afrika südlich der Sahara bedeutet eine millionenfache Verletzung ihrer Menschenrechte. Denn im Jahr 1994 hat sich die internationale Gemeinschaft bei der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz darauf geeinigt, dass sich aus den universellen Menschenrechten das individuelle Recht ableitet, frei über das eigene Sexualleben, die Ehe und Familienplanung zu entscheiden – auch für Jugendliche. Im dazugehörigen Aktionsplan sagten 179 Länder zu, die dafür notwendigen Informationen und Mittel zur Verfügung zu stellen.

Alle Aspekte rund um das körperliche und geistige Wohlbefinden und die Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Sexualität, Familienplanung oder Fortpflanzung werden seitdem unter dem Begriff „Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte“, kurz SRGR, zusammengefasst.

Die Staatengemeinschaft hat sich immer wieder zu den im Kairoer Aktionsplan verabschiedeten Zielen bekannt – zuletzt in den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs). Darin hat sie unter anderem zugesagt, die Müttersterblichkeit zu senken, HIV und Aids zu bekämpfen, den Zugang zu Familienplanung zu garantieren und den Zugang zu Sexualaufklärung zu verbessern. Jugendliche stehen hierbei zunehmend im Fokus. Denn sie sind zugleich Schlüssel für eine positive Entwicklung der Länder südlich der Sahara und besonders benachteiligt beim Zugang zu SRGR.

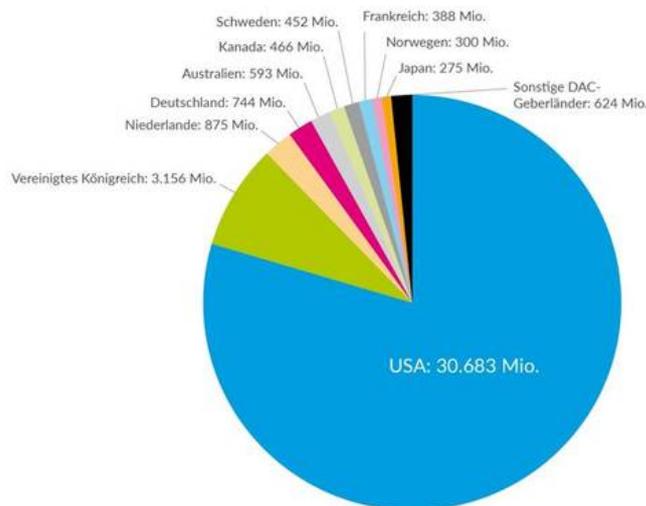
Bundesregierung in der Pflicht

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen bekannt. Als eine der größten Volkswirtschaften der Welt und gewichtige Akteurin in der Entwicklungszusammenarbeit verfügt die Bundesrepublik Deutschland über sehr gute Voraussetzungen, zu einer Vorreiterin bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu werden. Die Bundesrepublik hat in einer Vielzahl internationaler Abkommen zugesagt, SRGR weltweit voranzutreiben. Eine ganze Reihe von Strategie- und Positionspapieren des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstreicht dies. Die Studie hat untersucht, ob die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den eigenen Zusagen gerecht wird und welche Stärken und Schwächen das Engagement im SRGR-Bereich aufweist.

Ohne USA kaum SRGR-Mittel



Verteilung der finanziellen Zusagen der DAC-Geberländer an Entwicklungsländer im Sektor „Bevölkerungspolitik/-programme und reproduktive Gesundheit“, in Millionen US-Dollar (in Preisen von 2015), Gesamtsumme von 2011 bis 2015



Datengrundlage: OECD¹¹, eigene Berechnungen

Die DAC-Geberländer haben von 2011 bis 2015 zusammen über 38,5 Milliarden US-Dollar für den SRGR-Sektor bereitgestellt. Mit 80 Prozent der Zusagen aller DAC-Geberländer sind die USA der mit Abstand größte Geber im SRGR-Sektor. Deutschland hat innerhalb der fünf Jahre Zusagen über etwa 744 Millionen US-Dollar getätigt. Dies entspricht knapp zwei Prozent der von allen DAC-Geberländern zugesagten Mittel in diesem Bereich. Deutschland befand sich damit auf Platz vier nach den USA, dem Vereinigten Königreich (acht Prozent) und den Niederlanden (zwei Prozent).

Die Analyse zeigt: Der SRGR-Bereich hat in der bilateralen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern insgesamt an Gewicht verloren. Dieser Trend gilt jedoch nicht für Subsahara-Afrika, wo SRGR – entsprechend den eigenen Zielsetzungen des BMZ – an Stellenwert gewonnen hat. Auch die Jugend als Zielgruppe spielt eine wachsende, wenn auch nach wie vor überschaubare Rolle. Trotzdem konkurriert der SRGR-Sektor auch in der Zusammenarbeit mit den Ländern südlich der Sahara mit anderen, „bequemeren“ Themenbereichen. In vielen Länderverhandlungen spielt das Thema deshalb eine geringe Rolle.

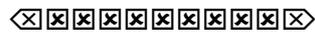
Dies sollte sich ändern, schon allein, weil die weltweite Arbeit im SRGR-Bereich derzeit Problemen gegenübersteht. Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2016 haben die Vereinigten Staaten angekündigt, ihr Engagement in diesem Themenfeld zu reduzieren.

Mit dem teilweisen Rückzug des bislang weltweit größten Gebers für SRGR-Maßnahmen entsteht eine Finanzierungslücke in Milliardenhöhe. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem der Unterstützungsbedarf größer ist als je zuvor und weiter zunehmen dürfte. Dies gilt vor allem für Subsahara-Afrika, wo derzeit die größte Jugendgeneration aller Zeiten heranwächst.

Das Berlin-Institut hat die Studie „Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte“ im Auftrag der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) erstellt.

Die Studie steht Ihnen kostenlos als PDF zur Verfügung unter: <https://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/youth-can.html>

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, 02.03.18



Impressum: Deutsch-Burkinische Freundschaftsgesellschaft e.V. www.dbfg.de
Vorsitzender: Christoph Straub, Kallmorgenstr. 8, 76229 Karlsruhe
Die hier veröffentlichten Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung des Vorstandes der DBFG wieder.